

Der Streit geht weiter

Bis zuletzt wurde am Entwurf gefeilt, dann gab das Kabinett seinen Segen.

Was wie konkret geregelt werden soll, ist offen. Kritik kommt nicht nur von der Opposition

DAS NEUE KINDERBILDUNGSGESETZ

Essen. Die Spannung steigt, nicht nur bei Marianne Schobert vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) Dortmund. Der vertritt allein 48 Elterninitiativen und kleine Träger von 50 Kindertagesstätten in der Stadt, in denen 1600 Kinder betreut werden; jedes Zehnte ist unter drei Jahre alt.

Ob "Kibiz", das geplante neue Kinderbildungsgesetz für NRW, für diese und alle anderen Kitas im Land tatsächlich eine runde Sache wird oder eher ein bitteres Überraschungsei, kann die DPWV-Geschäftsführerin zurzeit gar nicht sagen: "Ich weiß überhaupt nicht, was jetzt in dem Gesetzentwurf steht."

Der ging an diesem Dienstag durchs Kabinett und wird in Kürze ins Parlament eingebracht. Letzte Änderungen an dem viel kritisierten Entwurf wurden am Nachmittag eingefügt, nachdem die Kommunalen Spitzenverbände noch am Vorabend Änderungen bei der Ermittlung des Bedarfs vor Ort und der Zuweisung der Landesmittel an die Kommunen gefordert hatten.

Wie dies und vieles mehr in Zukunft geregelt werden soll, ist auch Markus Künstler, dem zutändigen Mann für Kinder und Familie beim DPWV-Landesverband, noch nicht klar. Er war seit über einem Jahr an den langwierigen Verhandlungen mit dem Ministerium beteiligt und ist an diesem Nachmittag so schlau wie die Kollegin an der Basis: Den Entwurf, den der Familienminister als breite "Konsens"-Lösung von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, kommunalen Spitzenverbänden und Landesregierung feiert, kennt er gar nicht.

Dass in den vielen großen Diskussionsrunden und Einzelgesprächen Änderungen am ursprünglichen Entwurf durchgesetzt werden konnten, sei positiv, so Künstler. Insgesamt sieht er die geplanten Neuerungen aber mit großer Skepsis: "Der Kompromiss mit der Landesregierung bezieht sich auf Finanzfragen. Über Bildungsziele der Kitas, Fortbildungsfragen oder über die notwendige Qualität der Betreuung wurde gar nicht verhandelt. Einen Konsens darüber gibt es also nicht."

Die zuletzt vereinbarten Standards zur Finanzierung hält Künstler für "vertretbar", befürchtet aber dennoch, dass eine "Gestaltung nach Kassenlage" spürbare Folgen haben wird: "Das Geld, das die Landesregierung künftig in die Kitas investieren will, reicht nicht aus, um das bisherige Niveau zu halten." Gerade den kleinen Einrichtungen werde künftig eine halbe bis Dreiviertel-Stelle fehlen.

"Kibiz ist Mumpitz", brachte die SPD-Fraktionschefin Hannelore Kraft im WAZ-Gespräch ihre Kritik auf den Punkt. Die Umstellung der Finanzierung - eine Pauschale pro Kind und Jahr soll die bisherige Gruppenfinanzierung ablösen - werde dazu führen, dass "die Qualität der Betreuung in den Kitas sinkt und die Elternbeiträge steigen". Sie erwarte "größere Protestwellen aus den Kitas" schon in den nächsten Tagen.

Andrea Asch, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, teilt die Kritik der SPD: "Die Kindergartengruppen werden insgesamt größer werden, denn es werden keine Höchstzahlen pro Gruppe mehr festgelegt." Zudem erfordere die moderne Arbeitswelt flexiblere Betreuungsangebote für berufstätige Eltern, etwa auch an Samstagen oder bis zum frühen Abend. Durch das neue Gesetz werde das Gegenteil erreicht: "Künftig finanziert das Land nur noch Gruppen bis 45 Stunden pro Woche, bisher sind es 50 Stunden."

"Über Bildungsziele oder die Qualität der Betreuung wurde gar nicht geredet."

22.05.2007 Von Sigrid Krause